

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39  
Telefax: 886 846 ppbn-d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Harald B. Schäfer MdB  
skizziert den dringlich-  
sten Handlungsbedarf  
in der Energiepolitik:  
Eine Herausforderung  
für Jahrzehnte (Teil I).  
Seite 1

Rudolf Dreßler MdB  
würdigt das politische  
Wirken Helmut Rohdes  
für die AfA: Er hat ge-  
staltet.  
Seite 4

Klaus-Henning Rosen  
komigiert eine neue  
konservative Legende:  
Die Wiedervereini-  
gungslüge.  
Seite 5

45. Jahrgang / 214

8. November 1990

### Eine Herausforderung für Jahrzehnte Klimaschutz und Energiesparen

(Teil I)

Von Harald B. Schäfer MdB  
Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender  
Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie

#### 1. Die Energieverschwendung muß gestoppt werden

wir alle drehen am Thermostat der Natur. Das Klima gerät aus den Fugen. Anders als in der bisherigen Erdgeschichte (Stichwort: Eiszeiten) geschieht dies so schnell, daß die Anpassungsfähigkeit der Natur überfordert wird. Drohende Folgen: Überflutung ganzer Landstriche durch ansteigende Meeresspiegel. Ausdehnung der Wüsten, Umwetter, zurückgehende Ernten und Aussterben zahlreicher Tier- und Pflanzenarten. In einem gigantischen Feuerwerk verbrennen wir jedes Jahr 500.000 Jahre erdgeschichtlicher Energieproduktion. Allein in den letzten 20 Jahren hat sich der Weltenergieverbrauch von vier auf acht Milliarden Tonnen Rohöleinheiten verdoppelt. Der Hauptgrund ist das historisch einmalige Wirtschaftswachstum, insbesondere in den Industrieländern. Obwohl sie nur 25 Prozent der Weltbevölkerung stellen, verbrauchen sie mehr als 75 Prozent der Energie.

Mit 6,5 Tonnen pro Jahr und Kopf steht das vereinte Deutschland an der Spitze der EG und weltweit an vierter Stelle (Ohne die ehemalige DDR waren es 1989 6,18 Tonnen pro Kopf; acht Prozent mehr als England, 32 Prozent mehr als Frankreich und 44 Prozent mehr als Italien).

Dasselbe gilt für unseren Ausstoß der Luftschadstoffe Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) und Stickoxid (NO<sub>x</sub>).

Kohlendioxid	1.067 Millionen Tonnen (13,7 Tonnen/Kopf)
Schwefeldioxid	7,5 Millionen Tonnen
Stickoxid	4,5 Millionen Tonnen

Sowohl unser Energieverbrauch wie auch unsere Emissionen von CO<sub>2</sub>, SO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub> sind jeweils höher als von England und Frankreich zusammen. Wir sind eben nicht Vorreiter im Umwelt- und Klimaschutz. Das vereinigte Deutschland gehört vielmehr zu den größten Energieverschwendern und Luftverschmutzern der Welt. In absoluten Mengen werden wir nur von den USA, UdSSR und beim CO<sub>2</sub> auch von China übertroffen.

Der Energiehunger des Wirtschaftsbooms im Westen und die Mißwirtschaft zentralistischer Planung im Osten sind die Gründe dafür.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verbinden Sie Umwelt  
mit vernünftigen Ratgebern  
Rechtzeitig Punkt



Deshalb ist die ökologische Modernisierung Deutschlands eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte - an die Politik, an die Industrie und an jeden Verbraucher. Im Interesse des Klimas und der Natur, im Interesse unserer Kinder und Enkel: Umweltschutz und Energiesparen müssen im Zentrum jeder ökologisch verantwortbaren Energiepolitik stehen. Hier hat die konservative Koalition aus CDU/CSU und FDP seit 1982 versagt. Sie beschwört zu recht unsere Verantwortung vor der Schöpfung, vor den notwendigen durchgreifenden Maßnahmen aber sie hat sich immer gedrückt und bis heute kein umfassendes Programm zum Klimaschutz und Energiesparen vorgeschlagen oder gar beschlossen. "Weiter so" ist wohl das Programm - diese Untätigkeit droht unsere Lebensgrundlagen zu zerstören.

## **2. Die Versäumnisse und Fehler der Regierung Kohl in der Energiepolitik**

Die Bundesregierung hat bei den vier wichtigsten Zielen einer ökologisch verantwortbaren Energiepolitik versagt:

- a) Energiesparen und rationelle Energienutzung,
- b) Senkung der Emissionen,
- c) Verringerung der Lebensrisiken des Energieverbrauchs, insbesondere bei der Atomenergie,
- d) Ausweitung der erneuerbaren Energien: Sonne, Wind, Wasser.

### **2.1. Energiesparen der Regierung Kohl? - Fehlansätze**

Gegenüber 1982 - dem letzten Jahr der Regierung von Bundeskanzler Helmut Schmidt:

- ist der Verbrauch von Öl und Gas um fünf Prozent gestiegen und wird doppelt so viel Atomstrom wie 1982 erzeugt ( 1982 62 Milliarden kWh, 1990 130 Milliarden kWh),
- stieg allein der Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr von 24 Millionen Tonnen 1982 auf 30 Millionen Tonnen heute. Im August 1990 ist so viel Kraftstoff wie nie zuvor in der deutschen Geschichte abgesetzt worden,
- stieg der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie um acht Prozent,
- trotz aller spezifischen Einsparungen an Energie in Industrie und Haushalt verbrauchen wir unterm Strich immer mehr Energie. Wegen der drohenden Klimakatastrophe reicht es nicht, wie die CDU und die Industrie meinen, das Wachstum von Bruttosozialprodukt und Energieverbrauch zu entkoppeln - wir müssen vielmehr unseren Energieverbrauch sofort und absolut senken; Klimaexperten verlangen bis zum Jahre 2005 mindestens 20 Prozent, um die Katastrophe zu verhindern,
- erlahmte das Energiesparen als die Ölpreise ab 1985 verfielen. Zwischen 1973 und 1982 wurde der Energieeinsatz, der zur Erzeugung einer Einheit des Bruttosozialprodukts nötig ist, um 20 Prozent verringert. Von 1982 bis heute betrug die Verringerung nur noch drei Prozent. Einsparpotentiale von 30 - 50 Prozent in Industrie, Haushalt und Verkehr wurden nicht ausgeschöpft. Die entsprechenden Einsparinvestitionen gingen um etwa 75 Prozent seit 1985 zurück.
- sind folgende Energiesparmaßnahmen der Regierung Schmidt abgeschafft worden:
  - Das Programm zum Ausbau von Kohle-Heizkraftwerken und der Fernwärmeversorgung: abgeschafft 1987
  - Investitionszuschüsse nach dem Investitionszulagengesetz unter anderem für die Fernwärme: abgeschafft 1989,
  - steuerliche Sonderabschreibungen für Forschung und Entwicklung bei energiesparenden Produkten nach § 82 d EStDV: abgeschafft 1989,
  - erhöhte Abschreibungen für umweltfreundliche Produkte nach § 7 d EStG: abgeschafft 1990,

- erhöhte Abschreibungen für Energiesparmaßnahmen bei Gebäuden nach § 82a ESTDV; abgeschafft zum 31.12.1991,
- erhöhte steuerliche Abschreibungen bei Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, die auch energiesparend sind, nach § 82g ESTDV; abgeschafft zum 31.12.1991.

Von 1974 bis 1982 hat die SPD-Regierung sieben Milliarden DM für Energiesparen ausgegeben. Bei der konservativen Regierung sind es von 1982 bis 1990 nur noch knapp vier Milliarden DM.

Selbst 1990 gibt sie dreimal so viel für die unverantwortliche Kernenergie als fürs Energiesparen und für erneuerbare Energien zusammen aus (1 Milliarden DM gegenüber circa 300 Millionen DM).

### **2.2. Senkung der Luftbelastung - Bis auf SO<sub>2</sub> ein Flop der Regierung Kohl**

Beim CO<sub>2</sub> sind die Emissionen ohne die ehemalige DDR gegenüber 1982 konstant bei rund 750 Millionen Tonnen geblieben; mit der DDR steigen sie auf über eine Milliarde Tonnen.

Beim SO<sub>2</sub> sind sie dank der noch von der Regierung Schmidt vorbereiteten Großfeuerungsanlagenverordnung von 2,8 Millionen Tonnen auf 1,1 Millionen Tonnen gesunken. Jetzt kommen aber vier Millionen Tonnen aus der ehemaligen DDR dazu.

Beim NO<sub>x</sub> sind sie gestiegen: 1982 waren es 2,8 Millionen Tonnen, 1989 waren es 3,1 Millionen Tonnen.

### **2.3.**

Die Lebensrisiken des Energieverbrauchs sowie die Umweltschäden und -kosten steigen für die nachfolgenden Generationen. Unser Energieverbrauch verletzt den Generationenvertrag. Keine der konventionellen Umweltschutzmaßnahmen der 80er Jahre im Energiebereich hat eine Verminderung des Energiebedarfs zum Ziel gehabt oder gar bewirkt. Die Reparaturmaßnahmen waren unzulänglich; nur 1,5 Prozent des BSP sind dafür ausgegeben worden. Das ist zu wenig. Die Zerstörung von Natur und Umwelt nimmt zu; Der Wald stirbt weiter, heute sind bereits über 55 Prozent geschädigt oder zerstört, der Artentod schreitet fort, durch Ozonloch und Treibhauseffekt werden globale Umweltkatastrophen immer wahrscheinlicher. Die jährlichen Umweltschäden wachsen, sie sind heute auf etwa 120 Milliarden DM pro Jahr in der Bundesrepublik (ohne ehemalige DDR) gestiegen, davon sind die energiebedingten Schäden mit 50 Milliarden DM zu veranschlagen. Dabei sind die nicht quantifizierbaren Risiken der Kernenergie und der Treibhauseffekts - also die eigentlichen Gefahren der Energieversorgung - noch nicht einmal mit berücksichtigt. Die Bundesregierung hat die alte Einsicht, daß Energieeinsparung der beste Umweltschutz ist, bis heute nicht verstanden oder gar danach gehandelt.

### **2.4. Die erneuerbaren Energien - Sonne, Wasser, Wind wurden von der Bundesregierung stiefmütterlich behandelt**

1982 lag ihr Anteil am Energieverbrauch bei 2,9 Prozent; 1989 nur noch bei 2,5 Prozent; der Anteil der Kernenergie stieg dagegen von 5,7 Prozent auf 12,6 Prozent um mehr als das Doppelte. Der Grund ist einfach: Für die Förderung der Kernenergie hat die Bundesregierung von 1983 bis heute etwa 20 Milliarden DM, für die erneuerbaren Energien jedoch nur zwei Milliarden DM ausgegeben. Schon dieser Vergleich zeigt: Die CDU will die Renaissance der Atomkraft, die SPD will das Solarzeitalter.

**2.5 Das Energiewirtschaftsgesetz wurde nicht reformiert**

Die CDU hat das Energiewirtschaftsgesetz nicht reformiert, obwohl dies seit Jahren verlangt wird. In diesem gesetzlichen Rahmen für die Energieversorgung aus dem Jahre 1935 kommen die Worte Umweltschutz und Energiesparen überhaupt nicht vor, es ist ein Gesetz zur Steigerung des Energieverbrauchs und der Stromverschwendung.

(-/8. November 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

(wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt)

**Er hat gestaltet**

**Zum 65. Geburtstag von Helmut Rohde am 8. November**

**Von Rudolf Dreßler MdB**

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

**Bundeschef der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)**

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen gratuliert Helmut Rohde zum 65. Geburtstag. Zwischen 1972 und 1983 hat er die AfA geführt - und in diese Zeit fallen auch die Ämter, die Helmut Rohde über die SPD hinaus bekannt gemacht haben: Er war Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bundesarbeitsminister sowie stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Es war eine gute Zeit, denn Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung leisteten Reformarbeit, die sich für Millionen Menschen auszahlte und millionenfach die Lebensperspektiven verbesserte.

In der langen Zeit, die Helmut Rohde als aktiver Politiker mit meiner Generation teilte, ist mir aufgefallen, daß er eine nachahmenswerte, eine unersetzliche Eigenschaft hat: Er mischt sich ein. Er läßt die Verhältnisse nicht treiben, sondern macht durch Einmischung auf sich und seine Politik aufmerksam. So hat er das Heranwachsen einer selbstbewußten Schicht von Arbeitnehmervertreterinnen und Vertretern in der SPD begünstigt, sie geprägt. Er hat diese Aufgabe von der Position eines stattfesten, versierten Sozial- und Bildungspolitikers ausgelöst.

Heute ist die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen aus dem Leben der SPD nicht mehr wegzudenken. Sie ist intakt, stabil und eine feste Brücke der Sozialdemokratie in Betriebe und Verwaltungen hinein. Sie ist heute so stabil, daß ihre Fähigkeit zur Werbung für die Sozialdemokratie im laufenden Wahlkampf eine herausragende Rolle spielt, spielen kann, trotz eines heftigen politischen Gegenwindes. Auch dies ist mit ein Verdienst von Helmut Rohde.

Wer eine Bilanz von 45 Jahren politischer Arbeit Helmut Rohdes in und für die SPD ziehen will, der findet dies: Persönliche Aufrichtigkeit, den Blick für programmatisch notwendige Anstöße, ein daraus resultierendes großes gesellschaftliches Ansehen und Führungsfähigkeit. Wir alle in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen sind ihm zu Dank verpflichtet.

Wir wünschen Helmut Rohde für die Zukunft Gesundheit, Erfolg für die - wenn auch weniger im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehende Arbeit und, ganz eigennützig, die Bereitschaft, uns mit Rat und Tat zu helfen. Glück auf, Helmut!

(-/8. November 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Die Wiedervereinigungslüge  
Zum Umgang mit der Wahrheit in der Politik**

Von Klaus Henning Rosen

Nach der Öffnung der Mauer und dem Beginn des Prozesses zur deutschen Einheit ist es bis heute ein Lieblingsspiel Konservativer, genauer, der politischen Gegner von Sozialdemokraten, ihnen vorzuhalten, Sozialdemokraten hätten sich viel weniger nachdrücklich als sie selbst für die deutsche Einheit eingesetzt. Nun ist sicher richtig, daß es in Deutschland, wie Befragungen immer wieder ausweisen, eine ganze Reihe Leute gibt, die sich Deutschland auch in der Zukunft hätten geteilt vorstellen können - sei es aus ideologischen, historischen oder ganz praktischen finanziellen Gründen. Unter diesen Leute mögen sich auch solche befinden, die sich der Sozialdemokratie verbunden fühlen. Wahr ist auch, daß es zwischen Regierung und Opposition in der Vergangenheit unterschiedliche Auffassungen über das Tempo gegeben haben mag - in Sonderheit nach der Öffnung der Mauer -, in dem man zur Einheit kommen würde. Im Ziel waren sie sich, wie die Quellen ausweisen, einig.

Außer Streit sollte sein, daß noch im Spätsommer des vergangenen Jahres von keinem Politiker in Regierung oder Opposition, wollte er ernst genommen werden, die Auffassung vertreten wurde, die deutsche Einheit stehe hinter der nächsten Straßenecke, geschweige denn, daß sie am 3. Oktober des nachfolgenden Jahres Wirklichkeit sein werde. So erklärte der Bundeskanzler am 7. September 1987 beim Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, (auf den man vier Jahre gewartet hatte), die deutsche Frage stehe "zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte". Im Mai desselben Jahres war ein so weitsichtiger Konservativer wie der CSU-Vorsitzende, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, "nicht davon überzeugt, daß die Diskussion über die Wiedervereinigung... in absehbarer Zeit wieder in Gang kommen wird." Und schließlich hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, am 26. September 1989 in Berlin (in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag hielten sich 900, in Warschau 400 DDR-Flüchtlinge auf) gesagt, daß "die Einheit des deutschen Volkes nicht von heute auf morgen wieder herzustellen" sei. Und aus dem letzten Herbst, nach Öffnung der Mauer, sind zahlreiche Mahnungen von Regierungsvertretern nachweisbar, die staatliche Identität der DDR nicht in Frage zu stellen, sondern mit der damaligen SED-Regierung gemeinsame, nämlich föderative Strukturen zu entwickeln.

Niemandem ist aus seinen damaligen Positionen ein Vorwurf zu machen, aber in mancher Beziehung reichte unsere Phantasie nicht aus, Dinge vorauszusehen - so die Fähigkeit der Betonköpfe an der Spitze der DDR zur Demokratisierung oder die Bereitschaft der Sowjetunion, die DDR aus ihrem Herrschaftsbereich zu entlassen. Deshalb ist es müßig, heute, nachdem die Einheit da ist, in Beckmesserei darüber zu verfallen, wer wann wie intensiv an die deutsche Einheit geglaubt hat.

Beliebt bei den Versuchen Konservativer, Sozialdemokraten zu Feinden der deutschen Einheit zu stempeln, ist der falsche Umgang mit Zitaten. Eines der Opfer ist der frühere Bundeskanzler Willy Brandt, habe doch dieser die Wiedervereinigung zur "Lebenslüge der zweiten deutschen Republik" erklärt; zuletzt wurde ihm dies vorgehalten in "EUROPA - Berichte zur Zeitwende", Heft 2/90, und in der "Welt am Sonntag", Nr. 40 vom 7. Oktober 1990. Letztere zitierte unter Berufung auf Egon Bahr, so als ob Willy Brandt ein so apokrypher Autor wäre, dessen Texte der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Das Gegenteil gilt beispielsweise für seine am 11. September 1988 in Berlin gehaltene Rede "Deutsche Wegmarken", in der sich das Zitat findet.

Vorweg soll angemerkt werden, was man unter "Lebenslüge" versteht; es ist die "Selbsttäuschung, auf der jemand sein Leben aufbaut". Ibsens literarisches Schaffen kreiste um solche Biographien. Schaut man in den Text, so wird rasch deutlich, was Willy Brandt meinte, als er dieses Bild des ihm vertrauten norwegischen Dramatikers übernahm. Und das läßt sich bei Gott nicht gegen die deutsche Einheit auslegen.

Willy Brandt beschreibt in der angeführten Rede seine persönlichen Beziehungen zur Hauptstadt Berlin. Im Zusammenhang mit der Erinnerung an das von ihm von 1957 bis 1966 wahrgenommene Amt des Berliner Regierenden Bürgermeisters reflektiert er das Verhältnis der Siegermächte zur deutschen Teilung und sagt, "die Zuordnung der beiden deutschen Staaten zu gegensätzlichen Bündnissystemen war mit dem Anspruch auf Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht auf einen Nenner zu bringen". Spätestens seit der Überwindung des Denkens in Blöcken durch Michail Gorbatschow, so steht heute außer Streit, wurde die europäische und damit die deutsche Teilung überwunden.

Im Zusammenhang mit der zitierten These führte der Redner aus, "lange haben wir so getan, ich auch - aber unser höchstes Gericht länger, als mancher begreifen konnte -, als verpflichtete uns das Grundgesetz zur Wiedervereinigung". Mit der angeführten Unterstreichung und Trennung erscheint das Wort im Redetext, den zu lesen sich für die empfiehlt, die auf seriöse Zitate Werte legen. Der Redner versuchte dann darzulegen, daß die Verpflichtung in der Präambel auf die Einheit keine Verpflichtung zur Wiederherstellung des Bismarckreiches bedeuten könne. Für einen in dieser Weise verfälschenden Umgang mit dem Problem der deutschen Einheit verwandte Brandt dann das (falsch) zitierte Wort von der "Lebenslüge der zweiten deutschen Republik". Man tut Brandt unrecht, der in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch den Brief zur Deutschen Einheit anführt, in dem die Bundesregierung den Wunsch der Deutschen auf Selbstbestimmung festgeschrieben worden sei. Wer redlich argumentiert, wird scheitern, wenn er versucht, das Zitat von der "Lebenslüge" einzusetzen, um der SPD oder ihrem Ehrenvorsitzenden Gegnerschaft zur Deutschen Einheit nachzuweisen.

(-/8. November 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*